



**APPELL:  
Stimmen Sie für ein konsequentes Fracking-Verbot!**

An

**die Damen und Herren Mitglieder des Bundeskabinetts und Bundestags**

cc/ UmweltministerInnen der Länder; Presse

Deutschland, 2. Dezember 2014

Sehr geehrte Damen und Herren,

nach nunmehr drei Jahren Recherche und Konsultation will die Bundesregierung der umstrittenen Fördermethode Fracking einen "stabilen Rechtsrahmen" geben, anstatt ein konsequentes Verbot zu erlassen. Dabei trifft sie nicht viel mehr als rechtliche Klarstellungen für Schutzgebiete, die bereits jetzt vor solchen Eingriffen geschützt sind. Zusätzlich wird das Gesetz bewirken, dass in weiten Teilen Deutschlands gefracht werden darf, obwohl den BürgerInnen gleichzeitig suggeriert wird, dass man einen höheren Schutz vor Fracking schaffen oder es gar verbieten möchte.

Dabei soll das Fracking in dichtem Sandstein (*tight* Gas/Öl) weiterhin zulässig bleiben. Fracking-Vorhaben in Schiefer- oder Kohleflözgestein sollen zu Forschungszwecken und anschließend zu kommerziellen Zwecken stattfinden können, wenn sie von einer „Expertenkommission“ als "unbedenklich" eingestuft wurden. Fest steht, dass diese Kommission auch mit „Sachverständigen“ besetzt werden soll, deren Einrichtungen sich in der „Hannover-Erklärung“ bereits als Befürworter des Fracking positioniert haben.

Das giftige und stark salzhaltige Lagerstättenwasser soll weiterhin in den Untergrund verpresst werden dürfen.

Fracking zur Aufsuchung und Gewinnung von Kohlenwasserstoffen ist weder umweltverträglich zu handhaben noch ist es energiepolitisch erforderlich noch wirtschafts-/sozialpolitisch sinnvoll. Einige der gewichtigsten, mehrfach im Laufe der letzten Jahre dargelegten sachlichen und fundierten Argumente haben wir in der beigefügten Anlage zusammengefasst.

Im Dezember 2014 sollen die Länder und Verbände angehört und Anfang Februar soll das Gesetzespaket in das Bundeskabinett eingebracht werden. Als BürgerInnen und WählerInnen, die für nachhaltiges Wirtschaften und eine intakte Umwelt Partei ergreifen, **appellieren wir an Sie:**

**Stimmen Sie keinen Gesetzentwürfen zu, die Fracking-Vorhaben erlauben!**

**Machen Sie mit Ihrer Stimme klar, dass der Schutz des Trinkwassers, der Lebensumwelt, der menschlichen Gesundheit, des Klimas und die dezentrale, kommunale Umsetzung der Energiewende Vorrang vor den Interessen der Unternehmen haben!**

Wir bauen auf Ihre vernünftige Entscheidung gegen Fracking!

Mit freundlichen Grüßen

die Initiativen, Verbände etc. auf der Folgeseite



## Wir unterstützen den Appell!

- Abgefrackt Bündnis Weidener Becken gegen Fracking  
AK Fracking Braunschweiger Land  
Aktionsbündnis No Moor Fracking  
Anti Atom Berlin  
Arbeitsgemeinschaft der Paderborner Natur- und Umweltschutzverbände  
Arbeitskreis Rehfedee EigenEnergie  
Attac-Hamburg  
Berliner Wassertisch  
Bezirkskonferenz Naturschutz im Regierungsbezirk Detmold  
BI "CO2-Endlager stoppen – Umwelt schützen" e. V. Beeskow  
BI "Kein CO2-Endlager Altmark"  
BI "Stop Fracking im Großraum Kiel - für eine postfossile Zukunft"  
BI Energiewende Gütersloh  
BI ErdölBarth  
BI Fracking freies Hessen  
BI frackingfreies Auenland  
BI FrackingFreies Hamburg  
BI gegen atomare Anlagen Weiden-Neustadt/WN  
BI gegen CO2-Endlager e. V.  
BI gegen Gasbohren Kleve  
BI Gemeinsam gegen Gas- und Probebohrungen am Niederrhein (Rees - NRW)  
BI Intschede-Wesermarsch ohne Bohrtürme  
BI Kein Fracking in der Heide  
BI Kiel gegen Atomanlagen  
BI LangBÜRGNERsee  
BI lebenswertes Korbach e.V.  
BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e. V.  
Bi-Frackloses Gasbohren im LK Rotenburg/W.  
BIGG Hamm  
BIGG-Drensteinfurt  
BIGG-Werne  
BIST Herbern  
Bru/ch/Kultur e.V. gegen CO2-Verklappung und Fracking  
Bund für Tier- und Naturschutz in Ostwestfalen  
Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland (Bundesverband)  
BUND Konstanz  
BUND Kreisgruppe Pinneberg  
BUND Kreisgruppe Steinburg  
BUND Landesverband Baden-Württemberg  
BUND NRW Landesarbeitskreis Wasser  
BUND Ortsgruppe Uhdingen-Mühlhofen  
BUND Ortsverband Markdorf  
BUND Ortsverband Öhningen  
BUND Ortsverband Salem  
BUND Ortsverband Vordere Höri  
BUND Pfullendorf  
BUND Regionalverband Bodensee-Oberschwaben  
Bündis "Initiative Mahnwache Letschin" IML  
Bürgerinitiative CO2-Endlager stoppen - Umweltschützen e.V. Beeskow  
Bürgerinitiative Co2ntra Endlager MOL/Neutrebbin  
Bürgerinitiative „Fahner Höhe“  
Bürgerinitiative Flecken Langwedel gegen Gasbohren  
Bürgerinitiative Gesundheit und Klimaschutz Untere Elbe/Brunsbüttel (BiGKU)  
Bürgerinitiative Grünes Tor Rehfelde  
Bürgerinitiative Lebensraum Vorpommern e.V.  
Bürgerinitiative Lebenswerter Haistergau  
BürgerInneninitiative Umweltschutz Uelzen  
Bürgersinn e.V.  
Bürgervereine im Aktionsbündnis No Fracking Mülheim  
Food & Water Europe  
Frackingfreie Zukunft Herzogtum Lauenburg  
Gemeinnütziger Umweltschutzverein pro grün e. V. Paderborn  
Gemeinnütziges Netzwerk für Umweltkranke GENUK e. V.  
Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG)  
GfN Gemeinschaft für Naturschutz im Altkreis Büren e. V.  
GNS Gemeinschaft für Naturschutz in Ostwestfalen e. V. Augustdorf  
Hamburger Energietisch  
IBD Initiative Bürger für Demokratie  
IG Fracking-freies Artland e.V.  
IG Rees gegen Gasbohren e. V.  
IG Schönes Lünne  
Initiative "Friedenskreis Überlingen"  
Interessengemeinschaft Breinermoor/Backemoor  
Interessengemeinschaft gegen Fracking im Kreis Dithmarschen  
Interessengemeinschaft Gegen Gasbohren Hamminkeln/Niederrhein  
Kreisgruppe des BUND Bielefeld  
Kreisverband BUND Paderborn  
Kreisverband NABU Paderborn  
KV Bündnis90/Die Grünen Paderborn  
Landesverband Brandenburg Piratenpartei Deutschland  
Lausitzer Klima- und Energiecamp  
NABU Barmstedt  
Naturwissenschaftlicher Verein Paderborn e. V.  
NO Fracking Bodensee-Oberschwaben  
NRÜ gegen Fracking e.V.  
Plattform Brandenburg  
Post-Fossil A G  
SPD-Kreisverband Paderborn  
wir gegen fracking Lüneburg  
Wolfenbütteler AtomAusstiegsGruppe - Initiative für eine nachhaltige Energiepolitik